

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

22. Mai 2026: Die Chişinău Deklaration: Europas Abschied vom universellen Menschenrechtsschutz

Eine ausdrückliche und besorgniserregende Absicht stand am vergangenen Freitag beim Treffen des Europarats in Chişinău, Moldau, im Mittelpunkt: die Schwächung des Schutzes von Migrant*innen in Europa. Dem Treffen voraus ging ein [offener Brief](#) aus dem vergangenen Jahr, der auf Initiative Italiens und Dänemarks von neun Mitgliedstaaten ([Italien](#), [Dänemark](#), [Polen](#), [Österreich](#), [Belgien](#), [Estland](#), [Lettland](#), [Litauen](#) und [Tschechien](#)) unterzeichnet wurde und eine Überprüfung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) forderte. Darin verlangten die Staaten „[mehr Spielraum auf nationaler Ebene](#)“, sowie „[innovative Lösungen](#)“ zur Bekämpfung irregulärer Migration, ganz im Sinne des [kolonialen und propagandistischen Italien-Albanien-Abkommens](#), wie beispielsweise der Auslagerung von Rückführungszentren oder Abkommen mit Nicht-EU-Transitstaaten.

Während dieser Brief zunächst noch keine unmittelbaren Konsequenzen hatte, wurde nun am vergangenen Freitag eine [Deklaration unterzeichnet](#), die auf denselben politischen Forderungen aufbaut. Die Erklärung plädiert für eine [neue Auslegung der EMRK](#), bei der die Rechte von Nicht-EU-Bürger*innen weniger stark geschützt werden sollen. Dadurch könnten etwa Ausweisungen verurteilter nicht-EU-Bürger*innen auch dann ermöglicht werden, wenn diesen im Herkunftsland menschenunwürdige Haftbedingungen oder eine Familientrennung drohen.

Die [Deklaration](#) richtet sich insbesondere gegen die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Auslegung von Artikel 3 EMRK, dem Verbot von Folter. Künftig sollen in bestimmten Fällen [Ausnahmen beim Schutz der Menschenrechte](#) möglich sein, über die nationale Behörden statt des Gerichtshofs entscheiden sollen. Damit droht ein bereits bekanntes Muster verstärkt zu werden: Menschenrechte und nationale Sicherheit werden als [widersprüchlich](#) dargestellt, wobei die vage Auslegung des Begriffs „nationale Sicherheit“ dazu genutzt werden kann, die Rechte von Migrant*innen weiter auszuhöhlen.

Die alarmierende Deklaration ist rechtlich zwar nicht bindend, übt aber politischen Druck auf Gerichte und Behörden aus. Dieser Druck richtet sich zudem an die Verhandlungen über neue migrationspolitische Vorschriften, die sich derzeit in [der Trilog-Phase](#) befinden und in der kommenden Woche im Europäischen Parlament wieder aufgenommen werden. Ziel ist es, bis zum Sommer eine [endgültige Verabschiedung](#) zu erreichen. Der Moment, vor dem wir noch vor wenigen Wochen im [Scirocco](#) gewarnt haben, ist nun eingetreten. Das gefährliche Muster des italienischen Migrationssystems hat es nun offiziell geschafft, zum Vorbild anderer EU-Mitgliedstaaten zu werden.

Während sich Meloni auf Social Media als Heldin feiern lässt, gerät die Drastik der Deklaration zunehmend in den Hintergrund. Wie die EMRK-Expert*innengruppe Agora in einem [Statement](#) erklärt, stellt die Verabschiedung der Deklaration einen historischen Einschnitt dar, denn erstmals verfolgt der Europarat ausdrücklich das Ziel, den Schutz der Menschenrechte für bestimmte Personengruppen dauerhaft einzuschränken. Ein weiterer Beleg für den fortschreitenden Rückzug der EU von der

